

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 3 Mk. 75 Pfg. oder monatlich 1 Mk. 25 Pfg. in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Postanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlseid, Hundshäbel, Neuheide, Oberstühengrün, Schönheide, Schönfelderhammer, Soja, Unterstühengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 25 Pfg., im Restamteil die Zeile 60 Pfg. Im amtlichen Teile die halbierte Zeile 60 Pfg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Herausgeber und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Verlagsnummer Nr. 110.

Nr. 231.

Sonntag, den 5. Oktober

1919.

Im Handelsregister für den Landbezirk ist heute auf Blatt 327 die Firma **R. Seidel & Sohn in Oberstühengrün** und als deren Inhaber
a) der Bauunternehmer Franz Richard Seidel in Oberstühengrün,
b) der Kaufmann Richard Curt Seidel daselbst eingetragen worden.
Die Gesellschaft ist am 1. Oktober 1919 errichtet worden.
Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Büstenhölzern und Brettern.
Eibenstock, den 3. Oktober 1919.

Das Amtsgericht.

Schöffen- und Geschworenen-Urliste betr.

Das Verzeichnis der hier wohnhaften Personen, die zum Amte eines Schöffen und Geschworenen berufen werden können, liegt vom 6. Oktober 1919 ab eine Woche lang in unserer Ratskanzlei zur Einsicht aus.

Unter Hinweis auf die am Rathaus angeschlagenen Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 und des Gesetzes vom 1. März 1879, die sich auf die Wahl der Schöffen und Geschworenen beziehen, wird dies bekannt gegeben. Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Urliste sind innerhalb der Auslegefrist bei uns zu erheben.
Eibenstock, den 4. Oktober 1919.
Der Stadtrat.

Die Kartoffelerzeuger erinnern wir nochmals an die Bekanntmachung des Bezirksverbandes Schwarzenberg vom 20. September d. J. über die
Ermittlung der Herbstkartoffelernte 1919.
Vordrucke der Kartoffelliste werden den Landwirten in diesen Tagen zugestellt werden. Die genau ausgefüllten, abgeschlossenen und unterschrieben vollständig ausgefüllten Listen sind bis 22. Oktober 1919 an Ratshaus — Kanzlei — abzugeben.
Eibenstock, den 4. Oktober 1919.
Der Stadtrat.

Die letzte Woche.

Ein Jahr ist vergangen, seitdem der damalige Reichskanzler Prinz Max von Baden den Präsidenten Wilson in Washington unter Amerikanscher Flagge als Friedensbedingungen um den Waffenstillstand ersuchte, von dem Deutschland eine baldige Einstellung der Feindseligkeiten und einen Frieden der Gerechtigkeit erwartete. Die Kämpfe endeten am 11. November 1918, der Friede, nicht des Rechts, sondern der harten Gewalt wurde am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet, aber einen wirklichen Friedenszustand haben wir heute noch nicht. Das Verlangen unserer Eisernen Division, in Kurland bleiben zu dürfen, wo den Soldaten eine Aufstellung zugesichert war, hat die Entente zu der Drohung veranlaßt, die Lieferung von Lebensmitteln und Rohmaterialien an Deutschland zu sperren. Ohne Grund! Dem Deutschland verächtete bereits auf die holländischen Gebiete, also wird sich auch die Besiedelungsfrage zwischen den deutschen Soldaten und der neuen kurländischen Regierung von selbst lösen. Von Paris und von London aus hat man mit dieser Drohung Deutschland alles andere, nur kein Zeichen der Versöhnung gegeben, das verstanden werden wird.

Wenn wir hoffen wollen, daß die Lebensmittel- und Rohmaterialienperre sich nicht verwirklichen und namentlich Amerika nicht darauf eingehen wird, so werden wir doch sehr damit zu rechnen haben, daß von Schiebern, Schleihhändlern und Wucherern, denen noch zu viel Spielraum gelassen ist, versucht werden wird, diese Entente-Drohung für ihre Zwecke zu benutzen und die Preise künstlich in die Höhe zu treiben. Bei solchen Machinationen können all. Millionen-Fonds wenig helfen, die zum Zwecke der Preisfestsetzungen bewilligt werden, zumal die Streiksituation ebenfalls dazu beiträgt, diese Hilfe illusorisch zu machen. Die Auslandsbewegung zu der Wasserkrante geht zu Ende, der Metallarbeiterstreik hält noch an. Man wird es im Auslande schlechter nicht verstehen, daß bei unseren traurigen Verhältnisseverhältnissen die große Lokomotivfabrik von August Borsig in Berlin infolge des Streiks hat stillgelegt werden müssen. Auch in der Kohlenbelieferung ist noch keine Besserung eingetreten, dagegen hat die Fahrkartenverteuerung auf der Eisenbahn pünktlich Geltung gewonnen. Es ist fast kränzlich zu nennen, daß heute um politischer Machtfragen willen Streiks organisiert werden, wo uns zum das nackte Leben und die wirtschaftliche Existenz garantiert sind. Hungern, Frieren, Unordnungen, das wären trübe Aussichten für den Winter.

Die deutsche Nationalversammlung, die jetzt ihre Sitzungen wieder aufgenommen hat, steht vor den schwersten Aufgaben. Sie arbeitet jetzt wieder, nachdem die Tagung in Weimar im August abgeschlossen worden war, im Reichstagsgebäude in Berlin, das seit dem 8. November 1918 seinem Zwecke nicht mehr gedient hat. Am 9. November wurde die Republik proklamiert, der Reichstag aufgelöst, und in seinem Hause nisteten sich später Spartakisten ein, deren Spuren zu beseitigen eine Arbeit von langen Wochen erforderlich war. Nunmehr ist der getregelte Betrieb wieder aufgenommen, und die große Steuerfrage soll gelöst werden. Zu den von der Entente von uns verlangten enormen Kriegsschadigungsverlust haben wir gesagt, daß Deutschland nur zahlen kann,

was innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit steht. Und dasselbe gilt auch von den Steuern. Abgaben, die nicht aufzubringen sind, dürfen auch nicht beschlössen werden. Das bedeutete nur neues Wasser auf die Mühle der Kommunisten und Spartakisten. Und die redlichen Steuerzahler würden zusammenbrechen. Mag die Umbildung der Reichsregierung, die jetzt im Gange ist, sich besonders in dieser Beziehung heilsam erweisen.

Den Auseinandersetzungen über die Vorgeschichte des Krieges haben die Veröffentlichungen des Admirals von Tirpitz, des früheren Staatssekretärs unserer Marine, und des Grafen Berchtold, des österreichischen Ministers des Auswärtigen von 1914 neue Nahrung gegeben. Daß jeder die Schuld an verhängnisvollen Ereignissen von sich abwälzen will, ist begreiflich, und man vermischt nur mit Bedauern, daß die Männer, die die Zustände vor dem Kriege heute sägen, nicht zur rechten Zeit gesprochen haben. Tirpitz kritisiert die Eigenliebe und das impulsive Wesen des Kaisers, sowie die diplomatische Unzulänglichkeit des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg. Er hat aber s. Zt. veräußert, aus seiner Erkenntnis die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Den U-Bootkrieg von 1917 hält er für verspätet, zwei Jahre früher wäre diese unbegrenzte Maßnahme seiner Ansicht nach von vollem Erfolg gewesen. Graf Berchtold bleibt dabei, Deutschland habe zur Auseinandersetzung mit Serbien getrieben, deren Lokalisierung durch Rußland vereitelt sei. Er kann sich aber nicht von dem Vorwurf der einseitigen Handlungsweise frei machen, wo ihm doch bekannt war, wie sehr die habsburgische Monarchie auf Deutschland angewiesen war.

Die Ratifizierung der Friedensverträge hat noch immer keine weiteren Fortschritte gemacht; in der französischen Kammer ist sogar eine Verschärfung des Vertrages zum Zwecke der vollständigen Entwaffnung Deutschlands verlangt worden, gegen die sich aber auch der Premierminister Clemenceau gewendet hat. Er ist 79 Jahre alt geworden. In der an seinem Geburtstag gehaltenen Rede hat er gesagt, daß Frankreich die Rheingrenze nicht haben wolle, aber auch betont, daß der Friede die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sei. Wir wissen also, woran wir für die Zukunft mit Frankreich sind. Die englische Regierung hat ihre Sorgen mit dem großen Eisenbahnerstreik, dem gewiß noch andere allgemeine Ausstände folgen werden. Der Siegerwille Lloyd Georges hat auch in den englischen Arbeitern Herrschgelleste gegenüber den Unternehmern wachgerufen. Das italienische Ministerium Ritti hat von der Deputiertenkammer in Rom ein von sehr stürmischen Zwischenfällen begleitetes Vertrauensvotum erhalten, aber damit ist der Zug d'Annunzio's nach Triume seiner Lösung nicht näher gebracht. Da weder Italien, noch die Entente ernsthafte Maßnahmen ergriffen haben, die Freischützer aus der Stadt zu vertreiben, bereiten sich die Südslawen, denen Triume zugesprochen war, zum Angriff vor. Auch die Ententemänner in Paris werden nachgerade doch merken, daß auch für Sieger das Regiment geleert sein will. Die inneren Kämpfe in Rußland dauern fort, aber über die Wahrheit der Siegesbulletins besteht noch keine einwandfreie Klarheit. Die Erkrankung des nordamerikanischen Präsidenten Wilson war als ein schwerer Nervenzusammenbruch bezeichnet. So gefährlich wird es aber wohl nicht sein. Wir haben

von Wilson nichts zu erwarten, von seinem eventuellen Nachfolger aber kaum mehr. Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.
— Helfferich gegen Erzberger. Staatsminister v. D. Dr. Helfferich erklärte in Stuttgart: Obwohl alle sachverständigen Militärs erklärt hätten, daß die auf 100 000 Mann herabgesetzte Armee nicht ausreiche, habe Erzberger gesagt, 100 000 Mann genügen, das andere besorge die Polizei und der Völkerverbund. Die Tätigkeit Erzbergers sei eine Schlander- und Bankrottwirtschaft. Er, Helfferich, habe an den Reichspräsidenten zwei Eingaben machen müssen, bis ihm erklärt wurde, das Strafverfahren gegen ihn sei eingeleitet. Das sei am 5. September gewesen, und seitdem habe er nichts mehr gehört. Dafür habe Erzberger ihn auf die Liste der Auszuliefernden setzen lassen wollen. Die Drohung habe ihn in dem Beschluß bestärkt: „Der Mann muß weg!“

— Kommunistische Heke im Metallarbeiterstreik. Bei den Berliner Krawallen am Donnerstag sind unter den Demonstranten zahlreiche kommunistische Flugblätter verteilt worden, die unvershämmt zum Bürgerkrieg auffordern, es heißt darin: „Reißt herunter die Maske vom wirtschaftlichen Streik“. Bisset, daß alles Politisch ist, und daß nur der politische Massenstreik auch retten kann. Streikt! Reißt ein! Sabotiert! Nichts mehr habt ihr zu verlieren, aber alles zu gewinnen. Auf die Brückentor! Dies zeigt, was die eigentlichen, verborgenen Drahtzieher mit der immer wiederkehrenden Anzeitelung von Streiks beabsichtigen. In derselben Nummer wird auf Roskes Kopf eine Belohnung von — 10 Mark ausgesetzt!

Oesterreich.
— Ganz Oesterreich vor der Hungersnot. In der Wiener Stadtratssitzung vom Donnerstag erstattete der Bürgermeister Bericht über die Versorgung Wiens mit Lebensmitteln. Für nächste Woche fehlen an Mehl noch 492 Wagen. In der übernächsten Woche wird die Bevölkerung schwerlich voll mit Brot und Mehl versorgt werden. Fleisch ist nur bis 1. November 120 Gramm je Kopf vorhanden. Dazu komme in Wien sehr große Futtermittelnot. Steiermark, Salzburg u. Tirol haben nur Getreidevorräte für einige Tage. Alle Schritte bei der Entente waren erfolglos. Die Amerikaner haben ein Ansuchen abgelehnt, die Oesterreichs Kredite erschöpft sind.

Rußland.
— Die Lage in Rußland. Die Meldungen von Friedensangeboten der Sowjet-Regierung in Moskau sind mit äußerster Vorsicht zu behandeln. Daß die russischen Verhältnisse nicht mehr haltbar sind, ist lange klar, ein Staat, in welchem der Goldvorrat ein zwanzigstel Prozent des gedruckten Papiergeldes beträgt, ist nicht bloß in bedrängter Finanzlage, er ist vollständig bankrott. Dieser Passiva steht als Aktiva der große Bodenreichtum Rußlands gegenüber, der bei reger Arbeitslust in einer Reihe von Jahren das finanzielle Verhältnis wieder vollständig umwandeln kann. Rußland kann also wieder in die Reihe der kreditfähigen Staaten ein-